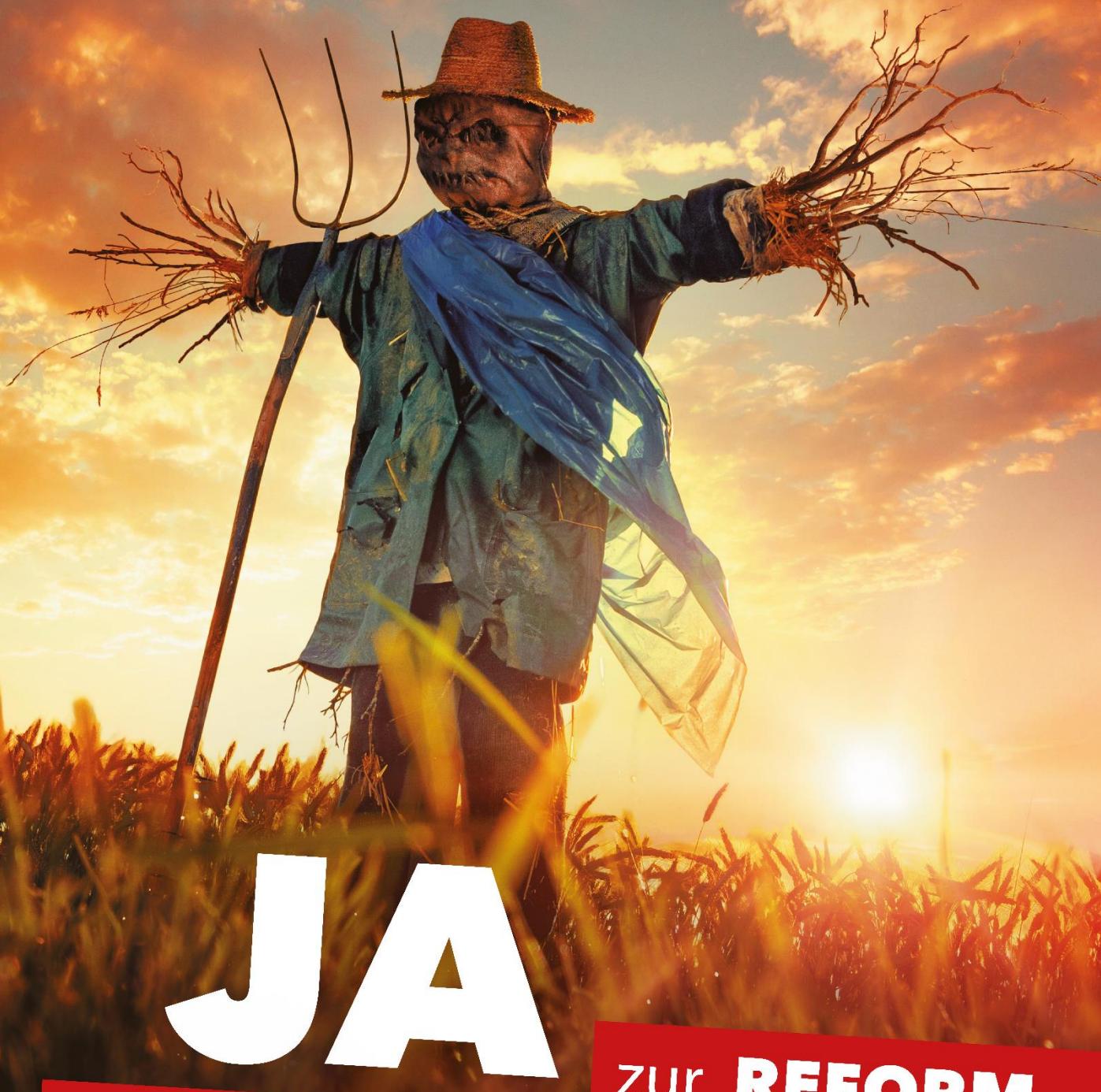


Steuereinnahmen zurückholen statt verscheuchen!



JA

**zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER**

JA zur gezielten Reform der Verrechnungssteuer

Von der Stärkung des Kapitalmarkts profitieren alle

Die gezielte Reform der Verrechnungssteuer ist sehr attraktiv für die Schweiz. Sie garantiert einen doppelten Gewinn. Zum einen steigen die Steuereinnahmen und zum andern wird Fremdkapital für Staat und Service public günstiger. Davon profitiert die ganze Bevölkerung. Die Reform entlastet die Steuerzahlenden und reduziert Kosten im Gesundheitswesen und beim öffentlichen Verkehr. Auch der Umbau der Energieversorgung und die Nachhaltigkeit profitieren von der Vorlage. Deshalb setzt sich eine breite Allianz mit Vertreterinnen und Vertretern von SVP, Die Mitte, glp und FDP für ein klares JA ein.

Heute findet das Geschäft mit Obligationen vor allem im Ausland statt. Während die Herausgabe von Obligationen in der Schweiz schrumpft, boomt der Markt in Luxemburg. Verantwortlich dafür ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen, die es in Konkurrenzmarkten nicht gibt. Bundesrat und Parlament haben das Problem erkannt und packen es mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf neuen Obligationen an. Die Revision ist sehr gezielt. Sie verspricht bei minimalen Kosten in den ersten Jahren schon einen maximalen Ertrag. Die Steuermehreinnahmen übertreffen die Kosten klar. Auch langfristig rechnet sich die Revision.

Für eine Volksabstimmung ist die Reform der Verrechnungssteuer anspruchsvoll. Es handelt sich um eine Materie, die alltagsfern ist. Dessen ist sich auch **Nationalrat Thomas Matter** (SVP, ZH) bewusst. Kurz erklärt, leuchten die Vorteile der Vorlage indes schnell ein. Denn die Reform der Verrechnungssteuer verhindert, dass der Anleihenmarkt weiter ins Ausland abwandert. Sie holt Geschäft und Steuereinnahmen in die Schweiz zurück. Der Schweizer Kapitalmarkt wird belebt. «Der Bund und die Eidgenössische Steuerverwaltung rechnen bereits in fünf Jahren mit 350 Millionen Franken zusätzlichen Einnahmen jährlich. In zehn Jahren steigen die Mehreinnahmen auf 490 Millionen Franken jährlich», erklärt Thomas Matter. Unter dem Strich resultiert mit der Vorlage ein klarer Gewinn.

Zu den Gewinnern gehören insbesondere auch Kantone und Städte der Schweiz. Dies hebt **Nationalrat Philipp Kutter** (Mitte, ZH) in seinem Referat hervor. Tatsache ist: Viele Kantone und Städte – mittlerweile auch Gemeinden – beschaffen sich für ihre Investitionen Geld auf dem Kapitalmarkt. Das machen sie mittels Obligationen. Wird der Schweizer Kapitalmarkt belebt, dann sinken die Kosten für die Kreditnehmer. «Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat ausgerechnet, dass die Zinskosten für öffentliche Körperschaften bis zu 0,15 Prozent sinken könnten. Das klingt auf den ersten Moment nicht nach viel Geld. Aber das Gegenteil ist der Fall: Es ist viel Geld. Die öffentlichen Körperschaften können bis zu 200 Millionen Franken jährlich sparen», erklärt Philipp Kutter. Bund, Kantone und Städte können also dank der Reform viel Geld sparen. So geht der Kanton Bern bei einem Anleihenvolumen von rund 3,4 Milliarden Franken von jährlichen Einsparungen von bis zu 5 Millionen Franken aus. Beim Kanton Zürich bewegen sich die Einsparungen in der gleichen Größenordnung. Insgesamt profitieren die öffentlichen Haushalte mit der Reform der Verrechnungssteuer von tieferen Kapitalkosten. Die Reform ist ein gutes Geschäft für Bund, Kantone und Städte und damit auch für das Portemonnaie der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Die Vorteile der Reform beschränken sich indes nicht auf den Staat. **Nationalrätin Kathrin Bertschy** (GLP, BE) zeigt auf, dass der Service public von der Reform der Verrechnungssteuer profitiert. So sind Spitäler, öffentlicher Verkehr, Energieunternehmen oder Kantonalbanken für ihre Investitionen auf einen funktionierenden Markt für Fremdkapital angewiesen. Beispielhaft zeigt Bertschy auf, wie die Zürcher Spitäler, die BLS, die Genfer Verkehrsbetriebe, die Energieunternehmen, Swissgrid und die Kantonalbanken von einer Belebung des Schweizer Kapitalmarkts profitieren können. Der Kapitalmarkt ist gerade auch für

den Service public und die öffentliche Infrastruktur unentbehrlich. Die Referendumsführer sprechen gerne von Konzernen. Am Schweizer Anleihenmarkt machen klassische Unternehmen und Konzerne aber weit weniger als die Hälfte aller Obligationen aus. «Von der Belebung des Kapitalmarkts profitieren also nicht nur wenige, sondern wir alle. Insbesondere verbessern sich auch die Bedingungen für den nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Der Service public wird gestärkt. Ganz besonders profitieren das Gesundheitswesen, der öffentliche Verkehr und der Energiesektor», erklärt Kathrin Bertschy.

Für **Nationalrat Olivier Feller** (FDP, VD) gibt es noch einen weiteren Grund, warum der linke Widerstand gegen die Reform quer in der Landschaft liegt. «Seit Jahren fordern Grüne und SP einen forcierten Umbau der Schweiz hin zu mehr Ökologie und Nachhaltigkeit. Insbesondere wird diese Forderung mit Vehemenz an den Schweizer Finanzplatz gerichtet», so Olivier Feller. Das Geschäft mit grünen Anleihen boomt jedoch in Luxemburg und in London. Ein wichtiger Grund ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen. Sie macht die Herausgabe von «Green Bonds» in der Schweiz unattraktiv. «Inzwischen hat Luxemburg die Schweiz krass abgehängt. In Luxemburg wurden bereits über 1300 «Green Bonds» mit einem Volumen von 700 Milliarden Euro herausgegeben. In der Schweiz sind es gerade einmal 75 «Green Bonds» im Wert von 24 Milliarden Franken», sagt Olivier Feller. Das heisst: Die Verrechnungssteuer behindert auch den Finanzplatz beim Umbau zu mehr Nachhaltigkeit.

**Deshalb am 25. September:
JA zur Reform der Verrechnungssteuer.**

Auskünfte und Fragen:

- Nationalrat Thomas Matter, thomas.matter@parl.ch
- Nationalrat Philipp Kutter, philipp.kutter@parl.ch
- Nationalrätin Kathrin Bertschy, kathrin.bertschy@parl.ch
- Nationalrat Olivier Feller, olivier.feller@parl.ch

Es gilt das gesprochene Wort

Mit einem JA gewinnt die Schweiz

Thomas Matter, Nationalrat, SVP ZH

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur Medienkonferenz des überparteilichen Komitees für ein JA zur Reform der Verrechnungssteuer.

Die Reform der Verrechnungssteuer ist eine sehr komplexe und trockene Vorlage. Wer sich mit seinem Umfeld über die anstehende Abstimmung unterhält, merkt schnell, dass kaum jemand weiß, was die Verrechnungssteuer ist. Noch weniger wissen die Leute, um was es bei der jetzt anstehenden Reform der Verrechnungssteuer eigentlich geht. Das nutzen die links-grünen Gegner aus und operieren mit den gewohnten Kampfbegriffen, um die Reform der Vorlage bei der Stimmbevölkerung in ein schlechtes Licht zu rücken.

Es ist deshalb wichtig, noch einmal ganz grundlegend zu erklären, worum es bei der Reform der Verrechnungssteuer überhaupt geht. Heute unterliegen die Zinserträge inländischer Obligationen einer Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Die Verrechnungssteuer behält der Staat gewissermassen als Pfand zurück. Das gilt für alle Anlegerinnen und Anleger. Die meisten Steuerzahler haben zwar ein Anrecht auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer, wenn sie die Erträge angeben oder wenn sie ein Gesuch stellen. Für ausländische Investoren, die in der Schweiz keine Steuererklärung ausfüllen, bedeutet das einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Diese Unternehmen und Investoren müssen zusätzlich bis zur Rückerstattung auf ihr Geld verzichten. Es wird ihnen Liquidität entzogen. Das macht den Schweizer Kapitalmarkt unattraktiv.

Die Folge davon ist, dass das Geschäft mit Obligationen ins Ausland abgewandert ist. Andere Länder kennen keine Verrechnungssteuer. In Luxemburg ist der Obligationenmarkt gemessen am Bruttonsozialprodukt 190mal grösser als in der Schweiz. Das heißt: Geschäfte, Arbeitsplätze, Sozialversicherungsbeiträge und vor allem Steuereinnahmen werden ins Ausland verschenkt.

Ganz wichtig zu wissen ist, dass die Abschaffung der Verrechnungssteuer nur Obligationen betrifft – und sogar nur neu herausgegebene Obligationen. Insgesamt stammen die Einnahmen des Bundes aus der Verrechnungssteuer zu weit über 90 Prozent von Dividenden auf Aktien. Die geplante Reform der Verrechnungssteuer wird daran nichts ändern. Die Verrechnungssteuer wird nur da angepasst, wo sie Geschäft und Steuereinnahmen ins Ausland verscheucht. Trotz der Reform bleibt die Verrechnungssteuer eine wichtige Einnahmequelle für den Bund.

Weil die Reform Geschäfte und Steuereinnahmen aus dem Ausland in die Schweiz zurückholen, ist sie äusserst attraktiv. Der Bund und die Eidgenössische Steuerverwaltung rechnen bereits innerhalb von fünf Jahren mit 350 Millionen Franken Mehreinnahmen pro Jahr. In zehn Jahren sind es 490 Millionen Franken.

jährlich. Zusätzlich profitiert die öffentliche Hand von tieferen Zinskosten. Wird der Markt durch mehr Nachfrage aus dem Ausland belebt, sinken die Zinskosten. Bund, Kantone und Städte können so bis zu 200 Millionen Franken einsparen. Auch die zahlreichen Service-Public-Unternehmen, die Obligationen herausgeben, profitieren von diesen tieferen Zinsen. Es bleibt mehr Geld für die Investitionen und Leistungen. Davor profitiert die ganze Schweiz.

Wer wie die Linken und Gewerkschaften mit den Schlagworten «Milliarden-Ausfällen», «Oligarchen» und «Steuerkriminelle» operiert, verbreitet Fake-News. Die Reform der Verrechnungssteuer ist ein Win-Win-Geschäft. Der Staat und der Werkplatz profitieren. Das gibt es eher selten bei Steuervorlagen. Es geht der links-grünen Seite und den Gewerkschaften einfach darum, den erfolgreichen Standort Schweiz zu torpedieren. Das gleiche Spiel erleben wir in der Verteidigungspolitik, der Energiepolitik oder der Landwirtschaftspolitik. Der Schaden wird jeweils erst nach Jahren sichtbar. Wir sollten nicht den Fehler machen, bei der Steuerpolitik ebenfalls den Linken zu folgen.

Die Reform der Verrechnungssteuer stärkt den Standort Schweiz. Sie bringt Steuereinnahmen und Geschäfte zurück in unser Land. Ich sage deshalb überzeugt Ja.

Es gilt das gesprochene Wort

Die Kantone und Städte können sparen

Philipp Kutter, Nationalrat Die Mitte ZH

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Thomas Matter hat es erwähnt. Die Reform der Verrechnungssteuer holt Geld aus dem Ausland in die Schweiz zurück. Die Reform stärkt den Standort Schweiz in vielfältiger Weise. Sie hat ein äusserst attraktives Kosten-Nutzen-Verhältnis. Das bestätigen das Eidgenössische Finanzdepartement, die Eidgenössische Steuerverwaltung und auch Studien belegen die positiven Effekte auf allen Staatsebenen.

Im besten Fall ist die Reform der Verrechnungssteuer ab dem ersten Tag ein Gewinn für die Schweiz. Denn die Reform greift nur bei neuen Obligationen. Das heisst, im Zusammenhang mit laufenden Obligationen entstehen keine Mindereinnahmen. Ausserdem hat der Bund für allfällige Ausfälle bereits Rückstellungen getätigt. Sie sind gedeckt und würden nur buchhalterisch anfallen. Die von den Reform-Gegnern kolportierten Mindereinnahmen gehören ins Reich der Fantasie.

Zu den Gewinnern gehören insbesondere auch die Kantone und Städte der Schweiz. Deshalb spricht sich auch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren für die Reform aus. Warum lohnt sich die Reform für Kantone und Städte?

Viele Kantone und Städte – mittlerweile auch Gemeinden – beschaffen sich Geld auf dem Kapitalmarkt. Das machen sie mittels Obligationen. Das Geld benötigen sie für Investitionen in die Infrastruktur oder den Service Public. Heute bezahlen die Kantone und Städte einen Zinsaufschlag. Grund ist die Verrechnungssteuer von 35% auf ihren Obligationen. Wegen der Verrechnungssteuer verzichten die Anlegerinnen und Anleger auf einen Teil ihres Geldes, was für sie weniger Liquidität bedeutet. Auch haben sie einen bürokratischen Aufwand bezüglich der Rückforderung. Die Kantone und Städte müssen aus diesem Grund höhere Zinsen anbieten. Wird die Verrechnungssteuer auf Obligationen abgeschafft, so sinken folglich die Zinskosten für Kantone und Städte.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat ausgerechnet, dass die Zinskosten für öffentliche Körperschaften bis zu 0,15 Prozent sinken könnten. Das klingt auf den ersten Moment nicht nach viel Geld. Aber das Gegenteil ist der Fall: Es ist viel Geld. Die öffentlichen Körperschaften können bis zu 200 Millionen Franken jährlich sparen.

Der Kanton Bern hat auf Basis der Formel der Eidgenössischen Steuerverwaltung nachgerechnet, wie hoch seine Einsparungen wären. Aktuell hat der Kanton Bern ein Anleihenvolumen von rund 3,4 Milliarden Franken. Die Berner würden mit der Reform der Verrechnungssteuer über 5 Millionen Franken jährlich sparen.

Auch der Kanton Zürich hat nachgerechnet. Er hat ausstehende Anleihen in Höhe von 4,18 Milliarden Franken. Kann der Kanton neue Anleihen durch den Wegfall der Verrechnungssteuer um bis zu 0,15 Prozent günstiger herausgeben, so reduziert sich der Zinsaufwand um bis zu 5,3 Millionen Franken pro Jahr.

Was für die Kantone gilt, gilt auch für die Schweizer Städte. Die Stadt Lausanne würde jährlich 2,4 Millionen Franken sparen, die Stadt Bern jährlich 2,65 Millionen Franken oder die Stadt Zürich sogar fast 7 Millionen Franken.

Die Ersparnisse sind eine willkommene Entlastung für Kantone und Städte. Gerade in der aktuellen Lage, wo aufgrund der Corona-Krise noch erhebliche finanzielle Belastungen zu erwarten sind. Diese Einsparung bei den Zinskosten schont Steuergelder und macht Mittel frei für andere Aufgaben. Je weniger Geld für die Zinsen aufgewendet werden muss, desto mehr Geld hat die öffentliche Hand für Ausgaben in Bildung, Infrastruktur, Soziales und Sicherheit. Jeder Steuerfranken, der nicht für Zinsen ausgegeben wird, kann für Sinnvolleres verwendet werden.

Entgegen den Behauptungen der Reformgegner, profitieren die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von Entlastungen. Ein Ja zur Reform der Verrechnungssteuer ist ein gutes Geschäft für Bund, Kantone und Städte. Und das Portemonnaie der Schweizerinnen und Schweizer.

Es gilt das gesprochene Wort

Die Reform der Verrechnungssteuer stärkt den Service Public

Kathrin Bertschy, Nationalrätin Grünliberale BE

Die vorliegende Reform der Verrechnungssteuer wirkt sehr gezielt. Der Bundesrat beantragte ursprünglich, die Verrechnungssteuer auf allen Obligationen abzuschaffen. Das Parlament hat die Reform der Verrechnungssteuer in der Folge entscheidend verbessert. Meine Nationalratskollegin Corina Gredig lancierte den Vorschlag, dass die Verrechnungssteuer nur bei neuen Obligationen entfällt. Der Ständerat hat dies aufgenommen und das Parlament in der Folge so beschlossen.

Dank dieser Anpassung wurden Mitnahmeeffekte reduziert, die Steuerausfälle in den ersten Jahren massiv verkleinert und die Vorlage kann ihre positive Wirkung praktisch ab dem ersten Tag entfalten: Der Schweizer Kapitalmarkt wird belebt. Davon profitiert die ganze Volkswirtschaft.

Noch viel zu wenig ist Fokus auf der direkte Nutzen dieser Reform für den Service Public, der sich stark über Obligationen finanziert. Darauf möchte ich mich im Folgenden konzentrieren:

Spitäler, ÖV, Energieunternehmen oder Kantonalkassen brauchen für ihre Investition in zukunftsträchtige Infrastrukturen Geld, sehr viel Geld sogar. Sie sind entsprechend auch in Zukunft auf Fremdkapital angewiesen. Schon heute beschaffen sich beispielsweise das Kinder- und das Universitätsspital Zürich, die Genfer Verkehrsbetriebe oder diverse Energieversorger Geld auf dem Kapitalmarkt. Weil die Verrechnungssteuer Schweizer Obligationen insbesondere für ausländische Anleger unattraktiv macht, weichen private Unternehmen oft ins Ausland aus. Service-Public-Unternehmen und Kantonalkassen bleiben mit ihren Anleihen genauso wie Bund, Kantone und Gemeinden in Normalfall in der Schweiz – dafür zahlen sie auf dem schrumpfenden Schweizer Kapitalmarkt aber unnötig hohe Zinsen.

Die Reform der Verrechnungssteuer stoppt diese Entwicklung. Wenn die Verrechnungssteuer auf neuen Obligationen entfällt, dann entfällt der Nachteil und die Investoren kommen zurück. Die Nachfrage nach Schweizer Anleihen steigt.

Gemäss der Eidgenössischen Steuerverwaltung verbessert der belebte Kapitalmarkt die Konditionen für die Kreditnehmer. Die Aufnahme von Geld wird günstiger, wie Ihnen meine Vorredner bereits erklärt haben. Gemäss Schätzungen der Steuerverwaltung liegt das Zinsniveau bis zu 0,15 Prozent tiefer. Schweizweit sind durch diesen Effekt allein von der öffentlichen Hand Einsparungen von bis zu 200 Millionen Franken möglich.¹ Davon profitieren zusätzlich auch Spitäler, Energieversorger, der öffentliche Verkehr oder Kantonalkassen. Lassen Sie mich das mit ein paar Beispielen erläutern:

¹ Quelle : <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/Sch%a4tzung%20Minderkosten%20Anleiheemission%20D.pdf>

- **Im Gesundheitswesen:** Eine ganze Reihe von Spitälern hat in den letzten Jahren für Neu- und Erweiterungsbauten am Kapitalmarkt Geld aufgenommen. Darunter beispielsweise verschiedene Spitäler im Kanton Zürich wie das Kinder- und das Universitätsspital. Nimmt man die Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung als Basis, könnten alleine die Spitäler im Kanton Zürich mit einem Anlagevolumen von über 1 Milliarde Franken bei künftigen Anleihen pro Jahr rund 1,5 Millionen Franken Zinskosten sparen. Gerade im Gesundheitswesen sind solche Einsparungen höchst willkommen. Auch vor dem Hintergrund der ganzen Kosten- und Prämiediskussionen.
- **Zum öffentlichen Verkehr:** Als Bernerin kann ich beispielsweise auf die BLS verweisen, die sich teilweise durch Anleihen am Kapitalmarkt finanziert. Durch die Reform der Verrechnungssteuer könnte die BLS beim heutigen Anlagevolumen von 200 Millionen Franken bei neuen Anleihen pro Jahr bis zu 300'000 Franken sparen.

Auch die Genfer Verkehrsbetriebe finanzieren sich heute am Kapitalmarkt. Mit dem Geld werden Investitionen finanziert und die Kundinnen und Kunden des öffentlichen Verkehrs profitieren. Bei einem Anlagevolumen von 260 Millionen Franken, könnten die Genfer Verkehrsbetriebe bei neuen Obligationen pro Jahr bis zu 400'000 Franken sparen. Ohne Reform werden der ÖV – und notabene auch die Passagiere und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler - weiterhin mit unnötigen Kosten belastet.

- **Zur Energiewirtschaft:** Wir wissen alle, wie wichtig der nachhaltige Umbau der Energieproduktion ist. Doch der Umbau erfordert Kapital und auch die Energiewirtschaft deckt sich an den Kapitalmärkten mit Fremdkapital ein. Dazu gehören Wasserkraftwerke wie Nante de Drance oder Grand Dixence. Aber auch Axpo, BKW oder Alpiq. Ganz wichtig für das Gelingen des Umbaus des Energiesystems ist das Stromnetz. Swissgrid hat aktuell Anlagevolumen von über 1.7 Milliarden Franken. Nimmt man die Analyse der ESTV als Basis, könnte sie bei neuen Obligationen pro Jahr bis zu 2,6 Millionen Franken sparen.
- **Schliesslich noch zu den Kantonalbanken:** Auch diese finanzieren sich in substantiellem Ausmass über Obligationen auf dem Schweizer Markt. Viele Kantonalbanken – welche teils vollständig, teils mehrheitlich den Kantonen gehören – erfüllen bis heute einen öffentlichen Leistungsauftrag des Kantons. Allein die Kantonalbanken machen mit einem Volumen von fast 50 Milliarden Schweizer Franken rund 10% des Volumens aller Schweizer Obligationen aus.

Das Fazit ist klar: Der Kapitalmarkt ist gerade auch für den Service Public und die öffentliche Infrastruktur unentbehrlich. Die Referendumsführer sprechen gerne von Konzernen. Am Schweizer Anleihenmarkt machen klassische Unternehmen und Konzerne aber weit weniger als die Hälfte aller Obligationen aus. Die öffentliche Hand, Unternehmen aus dem Bereich des Service Public und Kantonalbanken sprechen sie bewusst nicht an – dabei sind diese mindestens so relevant. Sie können das übrigens gerne selber bei der Schweizer Börse Six überprüfen. Sie hat einen sogenannten Anleihen-Explorer, der Auskunft über Emittenten und Anlagenvolumen enthält.

Von der Belegung des Kapitalmarkts profitieren also nicht nur wenige, sondern wir alle. Insbesondere verbessern sich auch die Bedingungen für den nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Der Service Public wird gestärkt. Ganz besonders profitieren das Gesundheitswesen, der öffentliche Verkehr und der Energiesektor. Deshalb sage ich klar JA zur Reform der Verrechnungssteuer.

Es gilt das gesprochene Wort

Für einen grüneren Finanzplatz

Olivier Feller, Nationalrat FDP.Die Liberalen VD

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Meine Vorrednerin Kathrin Bertschy und meine beiden Nationalratskollegen Thomas Matter und Philipp Kutter haben ihnen bereits drei ganz wichtige Vorteile der Reform der Verrechnungssteuer dargelegt.

Erstens führt die Reform zu Mehreinnahmen. Bereits nach fünf Jahren profitiert der Staat von jährlich 350 Millionen Franken Mehreinnahmen. Nach zehn Jahren sind es 490 Millionen Franken.

Zweitens ist die Reform für Kantone und Städte ein grosser Gewinn. Sie profitieren von mehr Steuereinnahmen und kostengünstigeren Zinsen. Das heisst: Mehr Geld in der Staatskasse – weniger Ausgaben für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Drittens stärkt die Reform den Service Public. Kathrin Bertschy hat ihnen anhand von Beispielen gezeigt, dass die Finanzierung von Infrastrukturprojekten kostengünstiger wird. Beim Öffentlichen Verkehr, bei den Spitätern oder bei Energieunternehmen. Die Verrechnungssteuer vergünstigt also das Gesundheitssystem, hilft der Umwelt und der Versorgungssicherheit. Es ist aus meiner Sicht unerklärlich, wie man aus linker Sicht gegen die Reform sein kann.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum für mich der linke Widerstand gegen die Reform quer in der Landschaft liegt. Seit Jahren fordern Grüne und SP einen forcierten Umbau der Schweiz hin zu mehr Ökologie und Nachhaltigkeit. Insbesondere wird diese Forderung mit Vehemenz an den Schweizer Finanzplatz gerichtet. Es geht sogar soweit, dass man die Schweizer Finanzinstitute gesetzlich zu mehr grünen Anlagen zwingen möchte. Wissen Sie wo das Geschäft mit grünen Anleihen boomt? Es ist in Luxemburg und in London. Mein Vorredner Thomas Matter hat es erklärt. Das Geschäft mit Anleihen ist in Luxemburg 190mal grösser als in der Schweiz.

Obschon sich der Schweizer Finanzplatz bezüglich Nachhaltigkeit sehr gut entwickelt, ist nur winzig kleiner Teil der verwalteten Vermögen in «Green Bonds» investiert. Bei Green Bonds handelt es sich um festverzinsliche Anlihen, welche nachhaltige Projekte finanzieren. Die Verrechnungssteuer auf Obligationen von 35 Prozent hält die Investoren davon ab, in Schweizer Anleihen zu investieren. Sie macht also auch nachhaltige Anleihen unattraktiv. Bereits in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts hat die Schweiz, als damals globale Vorreiterin, erste nachhaltige Anlageprodukte lanciert. Inzwischen hat Luxemburg die Schweiz krass abgehängt. In Luxemburg wurden bereits über 1300 «Green Bonds» mit einem Volumen von 700 Milliarden Euro herausgegeben. In der Schweiz sind es gerade einmal 75 «Green Bonds» mit Wert von 24 Milliarden Franken.

Die Verrechnungssteuer ist also gewissermassen auch hinderlich für eine Zukunft mit mehr Klima- und Umweltschutz. Aber nicht nur der Umbau hin zu mehr Nachhaltigkeit wird behindert – man beraubt die Schweiz auch um ein zukunftsträchtiges und lukratives Geschäftsfeld.

Ein wichtiger Punkt möchte ich zum Schluss noch einmal deutlich machen. Auch Bundesrat Ueli Maurer hat Sie darauf hingewiesen. Die Gegner der Reform behaupten mit ihrer statischen Betrachtung, dass mit einem Anstieg des Zinsniveau allfällige Mindereinnahmen grösser werden. Das Gegenteil ist der Fall. Wird nun das wirtschaftliche Umfeld garstiger, dann wandert das Geschäft mit Anleihen noch rascher ins Ausland ab. Die Schweiz verliert noch mehr Steuereinnahmen. Und wir tragen noch höhere Zinskosten für unseren Service Public. Gerade auch vor diesem Hintergrund ist ein Ja am 25. September die richtige Entscheidung für die Schweiz.

Steuereinnahmen zurückholen statt verscheuchen!



JA

am 25. September

zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER

Das müssen Sie wissen:

Heute verscheucht die Verrechnungssteuer Geschäft und Steuereinnahmen ins Ausland!



- Der Schweizer Anleihenmarkt ist in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte geschrumpft. Schuld ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen.
- Luxemburg macht besser: Gemessen am BIP geben sie 190-mal mehr Obligationen heraus als die Schweiz.
- Die Verrechnungssteuer auf Obligationen vertreibt die Finanzierung ins Ausland. Wertschöpfung und Steuereinnahmen gehen verloren.

Die Reform der Verrechnungssteuer holt Geschäft und Steuereinnahmen zurück!

- Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf neuen Obligationen wird der Standort Schweiz wieder attraktiv. Wir holen Steuereinnahmen zurück.
- Innerhalb von fünf Jahren rechnet der Bund mit jährlich 350 Millionen Franken Mehreinnahmen. Innerhalb zehn Jahren wachsen die Mehreinnahmen gar auf 490 Millionen Franken pro Jahr an.
- Die Reform ist gezielt: Die Verrechnungssteuer wird nur dort abgeschafft, wo sie der Schweiz schadet – nämlich bei der Ausgabe neuer Obligationen!

JA
zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER
verrechnungssteuer-ja.ch

Steigende Steuereinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden.

« Es geht darum, dass Finanzierungs-
geschäfte, die heute im Ausland statt-
finden, in die Schweiz zurückkommen. »

Bundesrat und Finanzminister Ueli Maurer
Parlamentsdebatte, 28.09.2021

Wenn wir das Obligationengeschäft in die Schweiz zurückholen,
steigen die Steuereinnahmen bei Bund, Kantonen und Gemeinden.
Davon profitieren alle.



Kathrin Bertschy
Nationalrätin GLP

« Die Reform verbilligt Investi-
tionen der öffentlichen Hand.
Das hilft auch dem ökologischen
Umbau der Schweiz. »



Daniela Schneeberger
Nationalrätin FDP.Die Liberalen
und Vizepräsidentin Schweizeri-
scher Gewerbeverband

« Ein JA zur Reform der Verrech-
nungssteuer stärkt den Stand-
ort Schweiz. Davon profitieren
Wirtschaft und Gewerbe. »



Philipp Kutter
Nationalrat Die Mitte
und Stadtpräsident Wädenswil

« Statt dass Steuergelder ins
Ausland abfliessen, kommen sie
mit der Reform unseren Städten
und Gemeinden zugute. »

JA

zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER

verrechnungssteuer-ja.ch

Wichtige Investitionen werden günstiger, der Service public profitiert.

Durch die Reform der Verrechnungssteuer wird der Markt für Finanzierungen in der Schweiz belebt. Geld aufzunehmen wird attraktiver. Gemäss der Eidgenössischen Steuerverwaltung werden Obligationen um bis zu 0,15 Prozent günstiger.

Allein der Kanton Bern kann jährlich gemäss eigenen Angaben bis zu 5 Millionen Franken sparen. Gleich viel ist es im Kanton Zürich.

Von der Reform profitieren nicht nur Bund, Kantone und Gemeinden. Auch viele wichtige öffentliche Versorgungsunternehmen gehören zu den Gewinnern. Sie alle bezahlen in Zukunft weniger Zinskosten.



Spitalfinanzierung

Viele Spitäler finanzieren Bauvorhaben mit Anleihen.

Mit der Reform fahren sie günstiger. Das hilft gegen hohe Gesundheitskosten.



Öffentlicher Verkehr

Von günstigeren Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs profitieren auch alle Reisenden und alle Steuerzahler.



Energieversorgung

Auch der Ausbau der Energieversorgung und Investitionen in Nachhaltigkeit profitieren von günstigeren Finanzierungen. Das hilft der Versorgungssicherheit und dem Klimaschutz.



Mehr Geld im Portemonnaie

Wenn Bund, Kantone und Städte als Kreditnehmer Geld sparen, werden Steuerzahler, Benutzer des öffentlichen Verkehrs, Prämienzahler oder Energiebezüger entlastet. So bleibt jedem Einzelnen mehr Geld im eigenen Portemonnaie.



Wegen der Verrechnungssteuer kommt es zum krassen Rückstand der Schweiz gegenüber Luxemburg. Gemessen am BIP gibt der Kleinstaat 190-mal mehr Obligationen aus.

Das Geschäft ist aus der Schweiz abgewandert, die Steuereinnahmen auch. Im Sport würde man die Taktik umstellen. In der Politik sagen wir JA zur Reform der Verrechnungssteuer.



Markus Ritter
Nationalrat Die Mitte und
Präsident Schweizer
Bauernverband

«**Die Revision der Verrechnungssteuer bringt Steuereinnahmen in die Schweiz zurück. Davon profitieren alle.**»



Ernst Stocker
Präsident der Finanzdirektorenkonferenz der Kantone

«**Dank der Reform werden Wettbewerbsnachteile abgeschafft. So können Geschäftaktivitäten und Steuereinnahmen vom Ausland zurück in die Schweiz geholt werden.**»



Rosmarie Quadranti
alt Nationalrätin
und Stiftungsrätin ProSenectute

«**Ich meine, dass auch die Altersvorsorge von der Reform der Verrechnungssteuer profitiert.**»

JA

**zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER**

verrechnungssteuer-ja.ch

Endlich Steuergeschenke ans Ausland stoppen! Endlich Geld und Geschäft zurückholen! >>



Jürg Grossen
Nationalrat und Präsident
GLP



Diana Gutjahr
Nationalrätin SVP



Thierry Burkart
Ständerat und Präsident
FDP.Die Liberalen



Marianne Binder-Keller
Nationalrätin Die Mitte



Gerhard Pfister
Nationalrat und Präsident
Die Mitte



Regine Sauter
Nationalrätin
FDP.Die Liberalen



Thomas Matter
Nationalrat SVP



Corina Gredig
Nationalrätin GLP

Wir sagen JA zur Reform der Verrechnungssteuer:

Bundesrat, National- und Ständerat, FDP.Die Liberalen, Die Mitte, SVP, Grünliberale, Jungfreisinnige, Junge SVP, Junge Grünliberale, Schweizerischer Gewerbeverband, Schweizer Bauernverband, Schweizerischer Arbeitgeberverband, economiesuisse, Schweizerischer Versicherungsverband, SwissBanking, Swissmem, scienceindustries, Konsumentenforum, Bund der Steuerzahler, Swiss Family Business, kantonale Industrie- und Handelskammern und kantonale Gewerbeverbände.

JA

zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER

verrechnungssteuer-ja.ch

Impressum:

Allianz für die Reform
der Verrechnungssteuer
Postfach, 8032 Zürich